

Stadtrat

Protokoll

SR-Nr: 6. Stadtratssitzung
Datum SR-Sitzung: 3. November 2025
Beginn: 19:00 Uhr
Schluss: 21:40 Uhr
Ort: Gemeindesaal (2. Stock), Kirchbühl 23, Burgdorf

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im digitalen Amtsblatt (<https://epublikation.ch>) und auf der Website der Stadt Burgdorf (www.burgdorf.ch) bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadtrates und Gemeinderates wurden zudem per Mail über die Aufschaltung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen informiert und zur Sitzung eingeladen.

Teilnehmende:

Stadtratspräsident Philipp Schärf

Stimmenzähler Pascal Hebeisen, Marcel Suter

Mitglieder des Stadtrates Urs Wüthrich, Roger Aebi, Annemarie Althaus-Zingg, Gabriela Bannwart, Tanja Blume, Marc Bracher, Hermann Dür, Claudia Fankhauser, Raffael Fluri, Yves Greisler, Jürg Grimm, Pascal Hebeisen, Christian Hedinger, Martin Hohl, Mirjam Kalbermatten-Wüthrich, Karin Karrer-Siegenthaler, Fabian Käsermann, Shana Kuster, Jonas Lauwiner, Esther Liechti-Lanz, Barbara Lüthi-Kohler, Debra Marti, René Marti, Franziska Maurer Roschi, Viktoria Müller, Simon Reusser, Manfred Schaffer, Johanna Schlegel, Jeannine Seiler Keller, Marcel Suter, Ian Thompson, Beryll Veraguth, Anette Vogt, Claudia von Känel, Ulrich von Känel, Sybille Zingg Righetti

Entschuldigt Adrian Merz, Jürg Kämpf, Jonas von Allmen

Stadtpräsident Stefan Berger

Mitglieder des Gemeinderates Theophil Bucher, Francesco Rappa, Beatrice Kuster Müller, Peter von Arb, Elias Maier, Michael Ritter

Entschuldigt -

Stadtschreiber	Stefan Ghioldi
Auskunftsperson	Christoph Murali, Leiter Finanzdirektion
Protokoll	Brigitte Henzi

Traktanden:

- Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 15.9.2025	3
- Informationen des Stadtratspräsidenten	3
- Informationen aus dem Gemeinderat	4
- Ersatzwahl Sozialkommission	4
- Ersatzwahl GPK	5
- Kreditabrechnung; Ausführung Sanierung und Umgestaltung Thunstrasse	6
- Übernahme Amortisationen auf dem Darlehen der Markthalle Burgdorf AG	6
- Budget 2026 und Aufgaben- und Finanzplan 2027-2029	11
- Auftrag Grüne und SP betreffend geschlechterneutrale Toiletten in Schulhausneubauten und -umbauten	18
- Auftrag SP-Fraktion betreffend kostenloser Eintritt ins Freibad Burgdorf mit KulturLegi und für Kinder unter 12	22
- Interpellation grünliberale Partei Burgdorf betreffend Markthalle Burgdorf – Auswirkungen bei Nicht-Übernahme der Abschreibungen	26
- Interpellation SP-Fraktion betreffend nationale Präventionskampagne gegen häusliche, sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt	27
- Interpellation Grüne Burgdorf betreffend Massnahmen zur Verhinderung von Diskriminierung	27
- Verschiedenes und Unvorhergesehenes	28

Appell

Der durch den Stimmenzähler Suter Marcel durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 37 Mitgliedern des Stadtrates (SR).

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Es erfolgen keine Änderungsanträge.

SRB: 2025-923 | Registratur-Nr. 1.7.1

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 15.9.2025

Verhandlung

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig das Protokoll der Stadtratssitzung vom 15. September 2025.

SRB: 2025-924 | Registratur-Nr. 1.7.1

Informationen des Stadtratspräsidenten

Verhandlung

Stadtratspräsident Schärf Philipp begrüsst die Anwesenden zur sechsten Sitzung im Jahr 2025. Im Speziellen begrüsst er als Auskunftsperson Muralt Christoph, Leiter Finanzdirektion.

Der Vorsitzende überbringt die erschütternde Nachricht, dass Lengacher Christoph verstorben ist. Lengacher Christoph war Präsident der EDU Burgdorf, Mitglied der Sozialkommission, angehender Grossratskandidat und passionierter Bergsteiger. Er erlag nach einem tragischen Velounfall seinen schweren Verletzungen. Wir sind in Gedanken bei seinen Hinterbliebenen, ganz speziell bei seiner Frau Daniela und den vier Kindern. Das Leben ist manchmal schwer fassbar. Es fliesst, die Sonne scheint und von der einen auf die andere Sekunde hört es auf zu fließen und die Sonne geht unter. Es ist schwierig. Was wir tun können, ist füreinander da zu sein und zusammenzuhalten.

Der SR gedenkt Lengacher Christoph mit einer Schweigeminute.

Stadtratspräsident Schärf Philipp informiert über die besuchten Anlässe. Er hat, wie viele Anwesende auch, beim Eröffnungsapéro der Kulturnacht teilgenommen. Die Kulturnacht war in jeglicher Hinsicht wieder sehr vielseitig wie zum Beispiel bei der Kirche bei einem Konzert am Boden zu liegen, in der Buchhandlung Heiniger Pesche seiner Wortakrobatik zu lauschen oder im Kino Krone verrückte Kurzfilme reinzuziehen. Es hatte für alle etwas. Beim Apéro durften sich die geladenen Gäste im RAKplus mit orientalischer Kulinarik verwöhnen lassen und dazu der passende musikalische

Ohrenschmaus durch die Musikgruppe «Kompott». Hirrle Corinna, die Gastgeberin, hat in ihrer tollen Begrüssungsrede den französischen Soziologe Morin Edgar zitiert: «Der Schatz der Menschen liegt in ihrer kreativen Vielfalt, aber die Quelle ihrer Kreativität liegt in ihrer generativen Einheit». Der zweite Anlass war der Stadtratsausflug von letztem Samstag. Beim Stadtratsausflug ging es cool zu und her. Die Cool Dreams Elite haben sich ziemlich cool über das Eis bewegt und dem SR die eine oder andere Geschicklichkeitsübung gezeigt. Der Vorsitzende würde sogar behaupten, der eine oder die andere aus unserem Rat ist ihnen fast hinterhergekommen. Danach durften wir dem EHC Burgdorf zuschauen, wie sie einen stattlichen Sieg gegen Küssnacht am Rigi einfuhren. Auch das war cool. Beim anschliessenden Apéro und dem reichhaltigen Nachtessen konnte man sich dann bei Speis und Trank aufwärmen, verpflegen und schon mal Energie tanken für die heutige Stadtratssitzung. Es war schön, dass so viele anwesend waren und sich auch noch mit den Machern und den Nutzern der Localnet-Arena beim Austausch vernetzt haben.

SRB: 2025-925 | Registratur-Nr. 1.7.1
Informationen aus dem Gemeinderat

Verhandlung

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass beim Gemeinderat (GR) am 20. Oktober 2025 eine Petition mit 14 Unterzeichnenden betreffend ÖV-Anschluss des Gyrisbergs eingegangen ist. Die Baudirektion wurde mit der Bearbeitung und Beantwortung der Petition beauftragt. Der SR wird, sobald eine Antwort vorliegt, entsprechend informiert.

SRB: 2025-926 | Registratur-Nr. 1.7.2
Ersatzwahl Sozialkommission

Verhandlung

Stadtratspräsident Schärf Philipp teilt mit, dass sich bei der Sozialkommission Stadträtin Maurer Roschi Franca als Nachfolgerin für den zurücktretenden Studer Thomas zur Verfügung stellt. Sie ist allen bekannt und der Lebenslauf konnte eingesehen werden.

Stadtrat Hedinger Christian, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass Studer Thomas fünf Jahre lang in der Sozialkommission tätig war. Es ist bekannt, dass es keine einfache Zeit war. Die Sozialdirektion hat einige Krisen durchgemacht und er hat dort einen grossen Input geleistet. Er hat ein neues Reglement entwickelt, das eine ganz neue Stellung hat. Die Sozialkommission ist nicht mehr dieselbe wie vor fünf Jahren und er hat dort sicher einen ganz grossen Beitrag geleistet. Dafür dankt ihm die Grüne-Fraktion. Und wie bereits der Vorsitzende erwähnt hat, ist die Nachfolgerin Stadträtin Maurer Roschi Franca bekannt und wird zur Wahl empfohlen.

Abstimmung

1. Der Stadtrat wählt Franca Maurer, Familienfrau, Sozialpädagogin FH, Burgdorf, Grüne, als Mitglied der Sozialkommission.
2. Mit dem weiteren Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Anträge.

SRB: 2025-927 | Registratur-Nr. 1.7.1

Ersatzwahl GPK

Verhandlung

Stadtratspräsident Schärf Philipp teilt mit, dass der heute Abend abwesende Stadtrat Merz Adrian per sofort aus der GPK zurücktritt. Als Nachfolgerin schlägt die Grüne Stadträtin Schlegel Johanna vor. Auch sie ist bestens bekannt und der Lebenslauf war bei den Unterlagen aufgeschaltet. Stadträtin Schlegel Johanna hatte bereits in den Neunzigerjahren Einsitz in einer GPK.

Stadtrat Hedinger Christian, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass Stadtrat Merz Adrian im nächsten Jahr Stadtratspräsident wird und er seine Energie voll dem Amt widmen will. Deshalb hat er sich für den Rücktritt aus der GPK entschieden. Mit Stadträtin Schlegel Johanna als Nachfolgerin hat man jemanden, der schon im Kanton in der GPK tätig war und Revisionen von grossen Versicherungen gemacht hat, wie auch interne Qualitätsmanagementrevisionen. Sie bringt viel Know-how mit. Die Grüne-Fraktion empfiehlt Stadträtin Schlegel Johanna zur Wahl als Mitglied der GPK.

Abstimmung

1. Der Stadtrat wählt Johanna Schlegel, Burgdorf, Grüne, als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission.
2. Mit dem weiteren Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Anträge.

SRB: 2025-928 | Registratur-Nr. 2.11.1

Kreditabrechnung; Ausführung Sanierung und Umgestaltung Thunstrasse

Verhandlung

Seitens der GPK, des GR und des SR werden keine Bemerkungen gemacht.

Abstimmung

Die Kreditabrechnung für die Sanierung der Thunstrasse, mit Ausgaben von CHF 1'091'497.65, Einnahmen von Landverkäufen von CHF 72'000.00 und Minderausgaben von CHF 156'502.35 (exkl. Landkäufe), wird genehmigt.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Kreditabrechnung.

SRB: 2025-929 | Registratur-Nr. 1.7.1

Übernahme Amortisationen auf dem Darlehen der Markthalle Burgdorf AG

Verhandlung

Stadtratspräsident Schärff Philipp stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten. Zu diesem Geschäft ist ein Änderungsantrag von GLP, SVP-EDU und Lauwiner Jonas eingegangen.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Bucher Theophil teilt mit, dass dieses Geschäft schon mehrmals, jeweils in leicht veränderter Form, im SR traktandiert wurde. Dies richtigerweise, weil der SR in mehreren Lesungen oder Entscheidungen auch gewünscht hat, dass innerhalb von zwei oder drei Jahren das Geschäft zur erneuten Beurteilung im SR traktandiert wird. Das Darlehen von 6.611 Mio. Franken vom 4. Oktober 2017 wurde bereits in den Jahren 2019, 2021 und 2023 im SR behandelt und liegt nun erneut vor, um die Wiederbeurteilung zu machen. Aus dem Businessplan und den Erläuterungen ist ersichtlich, dass man heute an einem ganz anderen Ort steht. Die schwierigen Jahre von Corona sind weitgehend verdaut. Man hat auch mit der Rückzahlung des Covid-Kredites begonnen. Es liegen bessere Zahlen oder Zahlen, die sich gut erholt haben, vor. Auf der Stufe EBITDA hat man in den letzten Jahren ein positives Ergebnis erwirtschaften können. Die Auslastung ist hoch, an den Wochenenden weitgehend ausgebucht, mit Ausnahme der Sommermonate. Es bleiben auch unter der Woche gewisse freie Kapazitäten, aber es ist eine gute Auslastung, welche die Markthalle mittlerweile hat. Mit dem heutigen Geschäftsmodell ist der Betrieb kostendeckend und ein gewisser Gewinn möglich. Was aber nicht möglich ist, und das zeigt sich halt jedes Mal, wenn das Geschäft dem SR vorliegt, den Kredit aus der Startphase, aus der Sanierung, zurückzuzahlen. Wenn man ehrlich ist, war der Politik schon damals bewusst, dass es wahrscheinlich nicht möglich sein würde den Kredit zurückzubezahlen und dass die öffentliche Hand schlussendlich die Investition bezahlen muss. Insofern beantragt der GR, wie schon in früheren Jahren, dass man für die nächsten Jahre, bis zur Tilgung der Darlehensschuld, die Abschreibungen jährlich übernimmt und der Markthalle erlässt. Seitens des SR, wie bereits in früheren Jahren, wird der Antrag eingereicht in fünf Jahren erneut

darüber zu befinden. Der GR möchte aber eine Gleichbehandlung zwischen allen AGs. Um diese Gleichbehandlung zu garantieren oder diese Gleichbehandlung zu machen, sollte man richtigerweise dies nicht wieder auf eine bestimmte Zeitdauer terminieren, sondern laufen lassen, bis das Darlehen abgeschrieben ist. Insofern hält der GR an seinem Antrag fest, trotz des Abänderungsantrags. Der SR entscheidet natürlich über dieses Geschäft und ob man es ein fünftes Mal auf dem Tisch haben will im Jahr 2030. Es ist Sache des SR dies zu diskutieren und zu entscheiden. Fragen nehmen wir gerne entgegen. Stadtpräsident Berger Stefan ist Mitglied im Verwaltungsrat und kann auch kompetent Auskunft geben.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass man und auch diejenigen, die den Antrag mittragen, die Bedeutung der Markthalle in Burgdorf als Veranstaltungsort, als Begegnungsraum und auch als Standortfaktor anerkennt. Ebenfalls wird anerkannt, dass die Verantwortlichen, die die Markthalle jetzt führen, auch gute Arbeit leisten und dass ein stabiler operativer Betrieb möglich ist. An der Informationsveranstaltung hat man auch gehört, dass zukünftig unter Umständen weitere Investitionen kommen, die möglicherweise nicht durch einen operativen Betrieb erarbeitet werden können. Im Prinzip heisst dies, dass wir auch zukünftig mit weiteren Anträgen seitens der Markthalle zu rechnen haben werden. Man ist der Meinung, dass es auch Sinn macht, eine gewisse Stabilität in der Planung für die Markthalle zu ermöglichen, aber man ist auch der Meinung, dass es Sinn macht, einen gewissen zeitlichen Rahmen zu setzen, und der Vorschlag ist eben für fünf Jahre. Eine Gleichbehandlung, so wie es Gemeinderat Bucher Theophil gesagt hat, ist nicht nötig, denn es sind auch verschiedene Charaktere hinter diesen. Daher findet man es auch nicht störend, wenn dort nicht genau die gleichen die Rahmenbedingungen gesetzt werden. Man erreicht damit sicher eine gewisse Stabilität, was man auch unterstützt, aber eine gewisse zeitliche Begrenzung ist sinnvoll. Deshalb wird dem SR beantragt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Änderungsantrag GLP, SVP/EDU, Jonas Lauwiner

Ziffer 2: Der Stadtrat stimmt einer Übernahme der jährlichen Abschreibungen auf den immobilien Sachanlagen (Liegenschaft) im Umfang von CHF 265'750.00 ~~ab dem Jahr 2026~~ für die Jahre 2026 bis 2030 zu. Die Abschreibungen werden mit der Darlehensschuld der Markthalle Burgdorf AG verrechnet. ~~Spätestens nach vollständiger Tilgung der Darlehensschulden ist die Situation neu zu beurteilen.~~

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, teilt mit, dass es für den GR sicher mühsam ist, wenn das Geschäft immer wieder kommt. Es ist aber wichtig, dass man eine Kontrolle hat und diese wird um fünf Jahre verlängert. In fünf Jahren wird das Geschäft erneut angeschaut. Mit dem jetzigen Geschäftsführer ist es viel besser geworden. Es sind Welten zu früher. In fünf Jahren kann man schauen, wie es weitergehen soll. Man kann dann eventuell die Frist aufheben. Im Moment besteht jedoch noch ein wenig eine Gefahr. Das Gebäude wird auch renovierungsbedürftig und für das konnte auch nicht gespart werden. Dann benötigt man erneut 6 Mio. Franken. Man muss einfach den Überblick behalten, was auch im Interesse des Steuerzahlers ist. Es ist deshalb wichtig, das Geschäft in fünf Jahren erneut zu behandeln. Man weiss auch nicht, wie lange der jetzige Geschäftsführer, der sich engagiert und Mühe gibt, bei der Markthalle bleibt. Aus diesem Grund wurde der Änderungsantrag eingereicht.

Stadtrat Wüthrich Urs, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass man sich lange und intensiv über die Markthalle Burgdorf AG ausgetauscht hat. Man hat auch mit anderen Parteien über die Markthalle gesprochen. Schon unsere Vorgängerinnen und Vorgänger im SR haben bereits mehrmals über die Markthalle debattiert und nach Lösungen gesucht. Vor einer Woche gab die Präsentation

und auch die Besichtigung dem einen und anderen mit Sicherheit einen fundierten Einblick. Auch die Berichte, der Businessplan der Markthalle AG mit Finanzplan zeigen dies. So kommt man zum Schluss, dass es für Burgdorf und auch die Region eine wichtige Infrastrukturanlage ist. Die Eventbranche ist schnelllebig. Auch die beobachtete Verschiebung der Nachfrage hin zu Firmenkunden und der öffentlichen Hand ist interessant. Also eine positive Verschiebung und Entwicklung. Man ist sich bewusst, dass nach den erschwerten Bedingungen der Coronabeschränkungen sich die Besucherzahlen der Markthalle AG erholt haben und seither meist eine schwarze Null erzielt wurde. Das angepasste Geschäftsmodell mit Konzentration auf die Vermarktung, die Vermietung und Koordination von Veranstaltungen war richtig. Die finanzielle Verantwortung bleibt aber letztlich bei der Stadt Burgdorf. Es muss unser Ziel sein, die Markthalle als wichtige, denkmalgeschützte Infrastruktur mit Rückhalt aus der Bevölkerung langfristig zu sichern und ihre positive Entwicklung weiter zu fördern. Durch den Änderungsantrag soll es Stabilität geben und planbarer werden. Der SR soll aber die Möglichkeit haben, nach einer Frist die Situation neu zu beurteilen und bei Bedarf Einfluss zu nehmen.

Stadtrat Schaffer Manfred, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass neben dem Schloss Burgdorf die Markthalle sicher eines der Aushängeschilder der Stadt Burgdorf ist. Anlässlich des Besuches in der Markthalle vom 27. Oktober 2025 konnte dies festgestellt werden. Die Markthalle erzeugt weit herum eine gewisse Wertschöpfung für die Stadt und die Region Burgdorf sowie das ganze Emmental. Es ist auch ersichtlich, dass sich die Markthalle in einem kompetitiven Umfeld behaupten muss, und sie tut dies sehr gut. Den nach Corona eingeschlagenen Weg sieht die SP-Fraktion als zielführend an, daher genießt die Leitung der Markthalle das volle Vertrauen. Die SP-Fraktion sieht die Haltung der rechten Seite ein wenig anders. Ähnlich wie der GR unterstützt man die Haltung einer Gleichbehandlung aller städtisch unterstützten Liegenschaften, wie zum Beispiel die REZE und das Casino. Deshalb sieht man hier keinen Handlungsbedarf und lehnt den Änderungsantrag ab. Dass es schwierig ist, die eingegangenen Verpflichtungen gegenüber der Stadt Burgdorf einzuhalten, ist gegeben. Deshalb unterstützt die SP-Fraktion den Antrag des GR und empfiehlt die Vorlage zur Annahme.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, teilt mit, dass die rechte Seite angesprochen wurde. Er möchte festhalten, dass auf dem Änderungsantrag sein Name stehe, das aber nicht unbedingt heisst, dass er rechts ist. Er ist offen.

Stadtrat Grimm Jürg, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass man bei den Stadtratsentscheiden in den Jahren 2019, 2021 und 2023 massgeblich an der kritischen Beurteilung der finanziellen Entwicklung der Markthalle beteiligt war. Man hat aber nie die Infrastruktur der Markthalle an sich infrage gestellt, sondern man hat fehlende oder falsche Businesspläne und betriebliche Entscheide kritisiert. Heute darf man feststellen, dass die Markthalle kostenbewusst geführt wird und gleichzeitig gut vermarktet und belegt ist. Der Ausblick im Businessplan bis ins Jahr 2030 ist nachvollziehbar und zeigt, was betriebswirtschaftlich möglich ist und was nicht. Eine EBITDA von 5.5 Prozent oder in Franken 47'000.-- bis 50'000.-- ist die Realität und deckt die Zinskosten, mehr aber nicht. Es ist und bleibt eine Tatsache, dass die Abschreibungen von jährlich Fr. 265'750.-- nicht erarbeitet werden können. Somit ist die FDP-Fraktion der Meinung, dass die Markthalle jetzt endgültig von den Abschreibungen befreit werden soll und wird dementsprechend dem Antrag des GR folgen. Die fast hundertjährige denkmalgeschützte Halle ist in ihrer Funktion eine Bereicherung für die Stadt Burgdorf. Vielleicht muss man die Markthalle künftig einfach als nötige Infrastruktur betrachten, wie zum Beispiel eine Brücke, einen Veloweg oder einen Platz. Bei solchen Bauten fragt auch niemand danach, wie rentabel sie sind und wann die Investitionen amortisiert werden.

Stadtrat Greisler Yves, namens der Mitte-Fraktion, dankt dem GR und der Verwaltung für die Ausarbeitung der vorliegenden Vorlage. Der Dank geht auch an den verantwortlichen Geschäftsführer der Markthalle, der anlässlich der Budgetinformationsveranstaltung von letzter Woche offen und transparent informiert hat. Dass die Reorganisation der Markthalle unter der neuen Geschäftsleitung einen Turnaround erreicht hat und der Betrieb in den letzten Jahren einen mehrheitlich positiven Abschluss ausweisen konnte, ist erfreulich. Dass die Abschreibungen aber weiterhin nicht selbst getragen werden können, ist nicht so erfreulich. Der überarbeitete Businessplan zeigt auf, dass diesbezüglich auch in Zukunft keine grosse Besserung zu erwarten ist. Hinsichtlich der Anzahl Belegungstage wird auch keine grosse Veränderung beziehungsweise eine Steigerung erwartet, was das Ergebnis nicht grossartig verbessern würde. Vom ursprünglichen Konzept «Markthalle für alle» ist also für die Bevölkerung von Burgdorf nicht viel geblieben, denn die vielen ortsansässigen Vereine und das Gewerbe profitieren heute zu wenig von der Markthalle. Hier wäre es wünschenswert, dass an den freien Wochentagen oder in den Ferienmonaten eine Nutzung zu einem reduzierten Preis beziehungsweise zu den Selbstkosten für Ortsansässige eingeführt werden könnte. Zudem ist es eine Tatsache, dass auch künftige Investitionen in die Infrastruktur nicht in vollem Umfang selbstfinanziert werden können. Auch das macht nach Aussage der Verantwortlichen, dass sich die Eventbranche im Wandel befindet, eine langfristige Prognose unmöglich. Ein Umstand, dem es Rechnung zu tragen gibt. Die Mitte-Fraktion ist in der aktuellen Situation nicht der Meinung, dass die Abschreibung einfach über Jahrzehnte von den Steuerzahlern übernommen werden sollte. Eine transparente Finanzierung, auch im Hinblick auf künftige Entwicklungen, scheint der richtige Weg zu sein. Die Markthalle wurde ursprünglich als «Halle für alle» konzipiert und sie beschäftigt uns alle seit Jahren, viel mehr als geplant und sie kostet uns künftig alle. Die Mitte-Fraktion unterstützt daher den eingereichten Änderungsantrag.

Stadtrat Hedinger Christian, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass die Markthalle eine grosse Bedeutung hat, was die Vorredner bereits erwähnt haben. Stadtrat Hedinger Christian hat ein kleines Haar in der Suppe gefunden, und zwar geht es um die Informationen. An der letzten Stadtratssitzung wurde mitgeteilt, dass die Informationsveranstaltung zum Budget in der Markthalle mit einem Apéro stattfindet. Man hat ein wenig die Stirn gerunzelt, weil es keine Begründung und weitere Informationen dazu gab. Man hat an der Informationsveranstaltung teilgenommen und festgestellt, dass es an der Novembersitzung ein Traktandum zum Thema Markthalle gibt. In diesem Zusammenhang wird gebeten in Zukunft klar zu kommunizieren. Es wäre so in Ordnung gewesen. Das Apéro hat man genossen, aber es war eine Werbeveranstaltung. In Zukunft sollte man etwas vorsichtiger mit solchen Informationen umgehen und den SR nicht behandeln wie in einem Lobbying in der Wandelhalle des Bundeshauses. Man hat an der Veranstaltung teilgenommen, aber man lässt sich dadurch nicht beeinflussen. Die Grüne-Fraktion hat auch neue Ideen diskutiert. Die Idee von Stadtrat Greisler Yves findet man sehr gut. Es ist unsere Markthalle und wir Steuerzahlende zahlen dafür und deshalb sollten wir als Burgdorfer auch ein bisschen von einer gezielten Tarifänderung für einheimische Institutionen profitieren. Das wäre nicht eine grosse Sache. Man kann auch die Tarife der Externen anpassen, man will schliesslich nicht in ein Defizit laufen. Der Änderungsantrag konnte die Grüne-Fraktion nicht diskutieren, weil er zu spät vorlag, deshalb hat man Stimmfreigabe beschlossen.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, teilt mit, dass es die Markthalle braucht und das hier nie zur Debatte stand. Aebi Bruno ist ein guter Geschäftsführer, aber wenn er irgendwann einmal geht und dann jemand kommt, der macht, was er will, ist es von Vorteil, wenn man die Kontrolle behält. Es ist keine grosse Sache, das Geschäft im Jahr 2030 erneut zu diskutieren. Die Markthalle wird weiterhin unterstützt und man lässt sie nicht zugehen. Die Markthalle ist wichtig für Burgdorf und bringt viele Leute hierher.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, hat eine Frage an den GR betreffend Änderungsantrag. Hat der Änderungsantrag irgendwelche Einflüsse auf die Werthaltigkeitsprüfung der BDO? In der Stadtratsvorlage steht, wenn die Darlehen zurückbezahlt werden müssen, so ist gemäss Bericht eine Wertberichtigung von 2 Mio. Franken notwendig. Bedeutet das, in fünf Jahren müsste man wieder über diese 2 Mio. Franken für die Wertberichtigung diskutieren. Es soll transparent gezeigt werden, welche Auswirkungen der Änderungsantrag finanzpolitisch hat.

Muralt Christoph, Leiter Finanzdirektion, teilt mit, man hat anhand des Vorsichtsprinzips genug reduziert und der Antrag hat im Moment keinen Einfluss. Die Wertberichtigung ist ein Dauerthema, das man immer wieder überprüfen muss. Im Moment muss man aufgrund des Beschlusses nichts machen.

Stadtratspräsident Schärff Philipp informiert über das Abstimmungsprozedere. Zuerst erfolgt die Gegenüberstellung des Antrages GR und dem Änderungsantrag. Im Anschluss findet die Schlussabstimmung statt.

Abstimmung

Antrag GR: 17 Stimmen

2. Der Stadtrat stimmt einer Übernahme der jährlichen Abschreibungen auf den immobilien Sachanlagen (Liegenschaft) im Umfang von CHF 265'750.00 ab dem Jahr 2026 zu. Die Abschreibungen werden mit der Darlehensschuld der Markthallen Burgdorf AG verrechnet. Spätestens nach vollständiger Tilgung der Darlehensschulden ist die Situation neu zu beurteilen.

Änderungsantrag GLP, SVP/EDU, Jonas Lauwiner: 19 Stimmen

2. Der Stadtrat stimmt einer Übernahme der jährlichen Abschreibungen auf den immobilien Sachanlagen (Liegenschaft) im Umfang von CHF 265'750.00 ~~ab dem Jahr 2026~~ für die Jahre 2026 bis 2030 zu. Die Abschreibungen werden mit der Darlehensschuld der Markthalle Burgdorf AG verrechnet. ~~Spätestens nach vollständiger Tilgung der Darlehensschulden ist die Situation neu zu beurteilen.~~

Enthaltung: 1 Stimme

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 17 zu 19 Stimmen bei 1 Enthaltung dem Änderungsantrag zu.

Abstimmung

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht und Antrag des Gemeinderates sowie vom Businessplan 2025 - 2030 der MHAG.
2. Der Stadtrat stimmt einer Übernahme der jährlichen Abschreibungen auf den immobilien Sachanlagen (Liegenschaft) im Umfang von CHF 265'750.00 für die Jahre 2026 bis 2030 zu. Die Abschreibungen werden mit der Darlehensschuld der Markthalle Burgdorf AG verrechnet.
3. Der Beschluss Nr. 2 unterliegt dem fakultativen Referendum.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 36 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung den Anträgen zu.

SRB: 2025-930 | Registratur-Nr. 3.4.1

Budget 2026 und Aufgaben- und Finanzplan 2027-2029

Verhandlung

Stadtratspräsident Schärf Philipp stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Stadtrat Greisler Yves, namens der GPK, teilt mit, dass die GPK an ihrer ordentlichen Sitzung vom 16. Oktober 2025 das Budget eingehend beraten hat. Als Auskunftspersonen waren Gemeinderat von Arb Peter, stellvertretend für die abwesende Ressortchefin Kuster Müller Beatrice, und Muralt Christoph, Leiter Finanzdirektion. Die GPK dankt allen am Budgetprozess beteiligten Personen für ihre Arbeit und die bereitgestellten Dokumente. Wie bereits in der Vergangenheit sind die Fragen der GPK zum Budget 2026, zum Aufgaben- und Finanzplan 2027-2029 und zum Kompass im Vorfeld der Sitzung im online Tool gestellt und von den zuständigen Personen beantwortet worden, was auch die Sitzungseffizienz merklich gesteigert hat. Ebenfalls wurden die vorgebrachten materiellen und redaktionellen Anpassungsvorschläge anlässlich der GPK-Sitzung in den entsprechenden Dokumenten korrigiert und umgesetzt. Die Ausführungen zum Budgetprozess und auch die Informationsveranstaltung zum Budget durch die verantwortlichen Personen aus der Verwaltung begrüsst die GPK sehr. Es ist generell nicht Aufgabe der GPK politisch zu beurteilen, sondern lediglich zu prüfen und festzustellen. Was der SR als gesetzgebende Instanz damit macht, ist seine Sache. Grundsätzlich gilt es festzustellen, dass es nach wie vor müssig ist, darüber zu diskutieren, ob man beispielsweise bei den Steuereinnahmen zu optimistisch oder zu pessimistisch war. Auch ist der Kanton nach wie vor kein zuverlässiger Partner mit schwankenden Abgaben und Aufgabenverschiebungen zwischen Kanton und Gemeinden. Die Vorgabe ist aber klar, ein ausgeglichenes Budget zu erstellen. Das Budget weist im Gesamthaushalt einen Aufwandüberschuss von fast Fr. 55'000.-- auf, das wohlgemerkt bei einem Gesamtumsatz von 121 Mio. Franken. Im Allgemeinen Haushalt weist es einen Gewinn von Fr. 400'000.-- aus. Die Auflösung der Neubewertungsreserven über die letzten Jahre entfällt und das wirkt sich nun entsprechend aus, indem sich die Einlage in die Spezialfinanzierung Schulanlagen und Verwaltungsgebäude deutlich reduziert. Aufgrund der anstehenden Investitionen wird einerseits ein zu tiefer Selbstfinanzierungsgrad und damit verbunden eine Neuverschuldung und andererseits ein schrumpfendes Eigenkapital die Folge sein. Beides ist im Aufgaben- und Finanzplan 2027-2029 ersichtlich. Die Verbindlichkeiten werden bis Ende 2029 auf zirka 155 Mio. Franken ansteigen. Nicht berücksichtigt hierbei sind die kommenden Grossprojekte Gebäudesanierungsstrategie, Schul- und Verwaltungsraumplanung und Neubau Hallenbad, da diese nach der Planperiode anfallen werden. Quintessenz ist, dass sich die Selbstfinanzierung in den nächsten Jahren erhöhen muss. Diese Kennzahl lässt sich, wie zahlreiche andere auch, nur durch entsprechende Massnahmen verbessern. Dabei ist der GR gefordert, Massnahmen und Ideen zu liefern und andererseits ist es grundsätzlich auch eine legislativ-politische Aufgabe über Ausgaben zu entscheiden. Die GPK dankt nochmals allen Beteiligten für ihre Arbeit und Mitwirkung im Zusammenhang mit dem Budget 2026. Die GPK empfiehlt dem SR das vorliegende Budget zur Behandlung.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice teilt mit, dass das Budget 2026 im Gesamthaushalt ein Gewinn von Fr. 54'541.-- zeigt. Das ist 4.4 Mio. Franken schlechter als das Budget 2025 und 7.9 Mio. Franken schlechter als die Rechnung 2024. Im Allgemeinen Haushalt resultiert ein Gewinn von 0.4 Mio. Franken. Im Budget 2025 sind es 5.4 Mio. Franken. Die Gewinnverteilung sieht eine Einlage in den Parkplatzfonds von 0.2 Mio. Franken und 0.2 Mio. Franken in die Spezialfinanzierung Schulanlagen

und Verwaltungsgebäude. Der SR entscheidet über die Einlage. Der Gesamtumsatz beträgt 121 Mio. Franken. Im Budget 2025 waren es 123 Mio. Franken. Ab dem Jahr 2026 entfällt die Entnahme aus der Neubewertungsreserve von 5.4 Mio. Franken. Der Bilanzüberschuss verbleibt bei 5.9 Mio. Franken. Von Gesetz her ist es nicht möglich, den Bilanzüberschuss weiter zu äufnen. Da die Nettoinvestitionen höher ausfallen als die ordentlichen Abschreibungen müsste der Gewinn der finanzpolitischen Reserve «zusätzliche Abschreibungen» zugeführt werden. Deshalb wird vorgeschlagen, den Gewinn im Allgemeinen Haushalt von 0.4 Mio. Franken aufzuteilen und jeweils 0.2 Mio. Franken in den Parkplatzfonds sowie in die Spezialfinanzierung Schulanlagen und Verwaltungsgebäude einzulegen. Nach Berücksichtigung der Einlage resultiert im Gesamthaushalt ein Verlust von Fr. 450'000.-- und im Allgemeinen Haushalt ein ausgeglichenes Ergebnis. Nachdem bereits im Jahr 2024 für das Budget 2025 eine vorgängige Sparrunde in allen Direktionen durchlaufen wurde und anschliessend der Teuerungsausgleich von 1.5 auf 1 Prozent, der Sachaufwand um 2 Prozent und die Kantonsabgaben gekürzt wurden, entschied sich der GR auch im Jahr 2025 nach der Erstlesung vor den Sommerferien weitere Fr. 300'000.-- im operativen Ergebnis einzusparen. Um die festgelegte Vorgabe zu erfüllen, wurde in Zusammenarbeit mit den Direktionen Budgetkorrekturen vorgenommen. Insgesamt wurden Verbesserungen von über Fr. 352'000.-- erreicht. Das operative Ergebnis beträgt neu Fr. 392'714.-- und das Gesamtergebnis beträgt Fr. 427'714.--. Bei allem Sparen zeigt sich aber, dass der Sachaufwand mit 2 Prozent Kürzung im Budget 2025 nicht realistisch war und im Budget 2026 um 1 Mio. Franken nach oben korrigiert werden musste. Dies ist aber immer noch 0.2 Mio. Franken tiefer als die Rechnung 2024. Das operative Ergebnis ist mit minus 2.68 Mio. Franken erneut besser, aber im Budgetprozess noch nicht am Ziel von einem ausgeglichenen Ergebnis. Die Rechnung 2024 schloss mit einem leicht positiven operativen Ergebnis von 0.28 Mio. Franken ab. Gemäss Budget 2026 können im Gesamthaushalt Investitionen im Umfang von 3.1 Mio. Franken ohne Neuverschuldung getätigt werden. Es sind Nettoinvestitionen von 22.6 Mio. Franken vorgesehen. Die mittelfristige Investitionsplanung wurde überarbeitet. Die geplanten Nettoinvestitionen können nicht aus eigenen Mitteln finanziert werden. Man rechnet mit einer Neuverschuldung von rund 8 Mio. Franken bei einer Ausschöpfung von 50 Prozent. Erfahrungsgemäss kann ein Teil des Finanzierungsfehlbetrages aufgefangen werden. Gesamthaft resultieren Ende 2025 voraussichtlich Schulden im Gesamtbetrag von 130 Mio. Franken. Der Stellenetat ist auch im Budgetjahr 2026 erhöht worden. Der GR bewilligte in Einzelgeschäften vier neue Stellen, welche im Budget 2026 enthalten sind, und zwar im Marketing, im Portfoliomanagement, in der Schulsozialarbeit und der Arbeitssicherheit. Aufgrund von Nachfolgelösungen für Führungs- und Schlüsselpositionen kommt es in der Einarbeitungsphase temporär zu Doppelbesetzungen. Zudem haben sich auch die übrigen Personalkosten erhöht. Geplante neue Stellen, die während dem Budgetprozess noch nicht vom GR bewilligt wurden, sind im Budget 2026 nicht berücksichtigt. Die Personalkosten nehmen folglich gegenüber dem Budget 2025 erneut um rund 1.26 Mio. Franken zu. Gestützt auf die Budgetvorgaben des GR wurde bei den Berechnungen ein Lohnwachstum von 1 Prozent eingeplant, was ungefähr Fr. 230'000.-- Mehrkosten mit sich bringt. Der Vergleich der gewährten und effektiven Teuerung zeigt, dass in den Jahren 2016 bis 2025 der Nachholbedarf bei 3.9 Prozent und in den Jahren 2021 bis 2025 bei 3.4 Prozent liegt. Bei den Steuern ist im Vergleich vom Budget 2026 zum Budget 2025 ein Mehrertrag von 2.5 Mio. Franken eingerechnet, was einer Zunahme von 4.5 Prozent entspricht. Die Steuereinnahmen entsprechen den kantonalen Empfehlungen und wurden wo nötig durch Erfahrungswerte aus den vergangenen Jahren und Informationen aus grösseren Gemeinden des Kantons Bern ergänzt. Für das Jahr 2025, wie auch im Jahr 2024, zeichnet sich eine positive Entwicklung ab. Bei den Einkommens-, Vermögens- und Quellensteuern natürlicher Personen ist gegenüber dem Budget 2026 ein Rückgang von Fr. 32'000.-- vorgesehen. Im Vergleich zur Rechnung 2024 wird jedoch mit einer Verbesserung von 3.7 Mio. Franken gerechnet. Die Steuereinnahmen bei den juristischen Personen erhöhen sich um rund 1.5 Mio. Franken. Aufgrund der Erfahrungswerte werden bei den Sonderveranlagungen und

bei den Grundstückgewinnsteuern Mehrerträge von rund 0.7 Mio. Franken eingeplant. Die Liegenschaftssteuern erhöhen sich um 0.1 Mio. Franken auf neu 4 Mio. Franken. Die Kantonsabgaben betragen rund 63.3 Mio. Franken und sind somit 0.3 Mio. Franken tiefer als im Budget 2025 veranschlagt. Ein Minderaufwand ergibt sich bei den Beiträgen an private Haushalte. Die weiteren Lastenausgleiche bleiben konstant, so dass keine markanten Mehraufwände zu erwarten sind. Im Budget 2026 nicht enthaltene Geschäftsfälle sind in der Erfolgsrechnung die Äufnung der Spezialfinanzierung Klimaforce, die Abgeltung der Zentrumslasten, die Anpassung aufgrund des Steuergesetzes, die Stellenerhöhung in der Schulsozialarbeit, und in der mittelfristigen Investitionsplanung die Gebäudesanierungsstrategie, B.move und der Neubau Hallenbad. Mit dem Budget 2026 als Grundlage wurde der Aufgaben- und Finanzplan erarbeitet. Der Selbstfinanzierungsanteil im steuerfinanzierten Bereich beträgt über die Legislatur 10 Prozent. Die Nettoverschuldung pro Einwohner verbleibt unter Fr. 2'000.-- pro Einwohner. Während das Ziel bei der Nettoverschuldung voraussichtlich erreicht wird, sind im Hinblick auf den Selbstfinanzierungsanteil gezielte Massnahmen erforderlich, um den angestrebten Wert zu erreichen. Aus diesem Grund erarbeitet die Finanzdirektion die Finanzstrategie, die im Januar 2026 dem GR an Workshops vorgestellt wird. Ab dem Jahr 2026 entfällt die Entnahme aus der Neubewertungsreserve von 5.4 Mio. Franken. Ab dem Jahr 2027 ist die pauschale Abgeltung der Zentrumslasten berücksichtigt, was zu einem geschätzten Mehrertrag von 1.7 Mio. Franken führen wird. Ab dem Jahr 2027 fallen aufgrund des hohen Investitionsvolumen erhöhte Abschreibungen an. Zudem ist in den Plandaten ein Lohnwachstum von jährlich 1.5 Prozent, 0.45 Mio. Franken, eingerechnet. Im Jahr 2027 ergibt sich im Gesamthaushalt ein Verlust von 0.2 Mio. Franken. Im Jahr 2028 entfallen die Abschreibungen aus HRM1, was zu einer merklichen Entlastung im Finanzhaushalt führt mit einem jährlichen Minderaufwand von 2 Mio. Franken. Aus diesem Grund wird im Jahr 2028 wieder ein Gewinn von 1.3 Mio. Franken erwartet. Im Jahr 2029 beträgt der Gewinn 1.5 Mio. Franken. Gestützt auf die Angaben des Kantons vom Juli 2025 werden die Abgaben in den kommenden Jahren weiter ansteigen. Vom Budgetjahr 2026 bis Ende der Finanzplanperiode 2029 rechnet man mit rund 0.2 Mio. Franken. Beim Lastenausgleich Sozialhilfe werden in den Jahren 2026 bis 2028 höhere Abgaben pro Einwohner erwartet. Ab dem Jahr 2029 wird mit einem leichten Rückgang gerechnet. Zusammen mit der steigenden Einwohnerzahl resultiert während den Jahren 2026 bis 2029 ein Mehraufwand von rund 1.2 Mio. Franken. Bei den Steuern werden Mehrerträge von ungefähr 3.3 Mio. Franken erwartet, was pro Jahr 1.1 Mio. Franken ausmacht. Nach aktuellen Berechnungen wird im Jahr 2025 im Allgemeinen Haushalt ein Gewinn von 4.2 Mio. Franken erwartet. Während den Planjahren 2027 bis 2029 werden Gewinne zwischen 0.2 und 1.8 Mio. Franken erwartet. Im Jahr 2026 werden finanzpolitische Reserven zugunsten des Bilanzüberschusses aufgelöst. Der Bilanzüberschuss steigt im Jahr 2026 daher um 0.6 Mio. Franken und wird während den Planjahren einen Saldo von 6.6 Mio. Franken ausweisen. Die Planung zeigt, dass auch in den Jahren 2030 bis 2032 ausgeglichene Ergebnisse möglich sind. Die finanzielle Lage der Stadt Burgdorf hat sich im Vergleich zum letzten Finanzplan verbessert. Das jährliche Lohnwachstum von 1.5 Prozent und allfällige neue Stellen lassen die Personalkosten steigen. Aufgrund erhöhter Investitionen und dem steigenden Zinsumfeld steigen die Investitionsfolgekosten. Die Entwicklung bei den Kantonsabgaben wirken sich negativ auf die finanzielle Entwicklung aus. Durch die kommenden Grossprojekte werden sich die Verbindlichkeiten weiter erhöhen. Diese Projekte sind weitgehend nicht Bestandteil der Planung, weil diese hauptsächlich erst nach der Planperiode anfallen werden. Die Schulden werden bis Ende 2029 auf rund 155 Mio. Franken ansteigen. Der SR soll das Budget kritisch beurteilen, aber auch reflektiert die komplexen Zusammenhänge eines Verwaltungsbudgets zur Kenntnis nehmen. Die Stadtfinanzen sind gesund. Die Stadt Burgdorf muss gesetzlich auch Leistungen erbringen, die in der Privatwirtschaft abgestossen werden können. Im Moment reicht das Steuersubstrat aus. Steuererhöhungen wecken nur Begehrlichkeiten. Die Anträge des GR liegen dem SR vor.

Stadtratspräsident Schärf Philipp teilt mit, dass in der Debatte im SR allgemeine und spezifische Anmerkungen und auch Fragen erlaubt sind. Als Auskunftsperson steht Muralt Christoph, Leiter Finanzdirektion, zur Verfügung. Auf Wiederholungen soll möglichst verzichtet werden. Es ist erlaubt, sich den Vorrednern anzuschliessen. So sparen wir Zeit und kommen effizient vorwärts.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, teilt mit, dass er das Gesagte bereits in der Markthalle letzte Woche gehört hat. Hat sich seither etwas verändert?

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice teilt mit, dass sich nichts geändert hat, aber der SR tagt öffentlich und das Publikum bekommt die Informationen zum Budget heute.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, dankt für den Hinweis.

Stadtrat Aebi Roger, namens der Mitte-Fraktion, dankt den Verfassern des Budgets 2026 und des Aufgaben- und Finanzplans. Die Unterlagen wurden am letzten Montag durch Muralt Christoph, Leiter Finanzdirektion, und Käser Jens, Leiter Finanzen, detailliert und transparent vorgestellt sowie heute noch einmal von Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice entsprechend detailliert und umfassend vorgestellt. Die erfreuliche Entwicklung der Steuereinnahmen geht im Jahr 2026 weiter. Die Steuererträge erhöhen sich dort um 2.3 Mio. Franken. Auf der anderen Seite steigen leider auch die Ausgaben im gleichen Mass. So resultiert unter dem Strich ein negatives, operatives Ergebnis von 2.7 Mio. Franken. Das ausgeglichene Ergebnis kann nur dank der Entnahme aus der Reserve erreicht werden. Die Reserven, das hat man auch schon gehört, werden durch die Finanzpolitik weiter abnehmen. Bei einem geringen Selbstfinanzierungsgrad von 13 Prozent, wie es im Budget 2026 budgetiert ist, müssen die restlichen 87 Prozent fremdfinanziert werden. Die Schulden im Budget 2026 betragen 130 Mio. Franken und wachsen bis ins Jahr 2030 auf 155 Mio. Franken. Die Zinskosten betragen sage und schreibe 1.6 Mio. Franken pro Jahr. Zudem sind Grossprojekte noch nicht Bestandteil der Planung, sodass sich die Schulden noch einmal erhöhen werden. Das ist bitter, denn das Geld für Zinsen fehlt dann für Investitionen und auch für die Modernisierung der Infrastrukturen. Es gibt aber einen Lichtblick. Die finanzielle Situation der Stadt Burgdorf scheint sich durch die höheren Steuererträge, die Abgeltung für Zentrumslasten und den Wegfall der Abschreibungen aus HRM1 zu verbessern, allerdings könnte der stetig steigende Personalaufwand und das Fehlen von Sparanstrengungen die positive Entwicklung weiter trüben. Es wird bereits im Jahr 2026 zur Erhöhung eines Stellenetats um 110 Prozent kommen, was im Budget nicht enthalten ist. Es wird eine Finanzstrategie in Aussicht gestellt, und zwar im ersten Quartal 2026. Auf diese ist man gespannt. Die Selbstfinanzierung soll gestärkt werden und die Verschuldung in Grenzen gehalten werden. Aus Sicht der Mitte-Fraktion reicht dies nicht. Das Ziel muss es sein, die Schulden abzubauen und die Investitionen aus eigenen Mitteln zu finanzieren, und dies ohne Steuererhöhung, wie man gehört hat. Die Mitte-Fraktion will die Schulden nicht der nächsten Generation aufbürden. Um dies zu erreichen, gibt es eigentlich eine Lösung. Die vielen Projekte, die anstehen, müssen klar priorisiert und auf die vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen abgestimmt und effizient abgewickelt werden. Die Mitte-Fraktion beantragt, über die Anträge 1 bis 3 separat abzustimmen. Die Mitte-Fraktion wird den Antrag 1 genehmigen und bei den Anträgen 2 und 3 wird man sich enthalten.

Stadtrat Dür Hermann, namens der SVP-EDU-Fraktion, dankt dem GR für die umfangreiche Orientierung zum Budget 2026. Die SVP-EDU-Fraktion sieht im vorgeschlagenen Budget fünf Problembereiche, die Sorgen bereiten. Es wird verzichtet Zahlen zu kommentieren. Die Erhöhung des Betriebs- und Sachaufwandes bereiten Sorgen, wie auch der Stellenausbau im Budgetjahr 2026. Es

wurden nicht Stellen eingespart, sondern mehrere neue Stellen aufgebaut. Dies lässt die Personalkosten weiter ansteigen. Weiter bereitet die Aufhebung der finanzpolitischen Reserve Sorgen. Das Budget sieht vor, dass die finanzpolitischen Reserven aufgelöst werden sollen, und man hat nichts dagegen. Damit wird der Bilanzüberschuss zwar verbessert, aber nur künstlich und zeitlich begrenzt. Bis ins Jahr 2025 ist dasselbe durch die Auflösung der Neubewertungsreserve geschehen. Man hat schon damals gewarnt, dass dies nur eine bilanzkosmetische Verzerrung darstellt und faktisch eigentlich ein Defizit verdeckt. Weiter bereitet die steigende Verschuldung und die gleichzeitig anstehenden Grossprojekte Sorgen. Das Budget 2026 sieht eine deutliche Zunahme der Verschuldung vor, auch wenn die Zinsen derzeit noch tief sind. Mittelfristig sehen vier Grossprojekte wie Gebäudesanierung, Schulraum, Verwaltungsraumplanung und das Hallenbad an, die einen massiven Anstieg der finanziellen Verbindlichkeiten auslösen werden. Im Budget wurden weitere Geschäftsfälle nicht berücksichtigt. Die entsprechende Liste ist nützlich und bemerkenswert. Es ist die Lösung eines Versprechens, die der GR im Jahr 2024 als Reaktion auf eine Interpellation abgegeben hat. Dafür wird dem GR gedankt, weil dadurch die Transparenz im Budgetierungsprozess verbessert wird. Als Hinweis, man könnte die Liste noch mit Schätzwerten ergänzen. Finanzanalytisch sieht diese Liste überhaupt nicht schön aus. Man geht davon aus, dass im Budget 2026 namhafte Geschäftsfälle nicht enthalten sind. Diese Geschäftsfälle werden die tatsächlich Ausgabenlage zusätzlich belasten. Das vorliegende Budget ist nicht befriedigend und nicht nachhaltig, daher kann das vorgelegte Budget sicher auch nicht ohne Kommentar genehmigt werden. Die SVP-EDU-Fraktion hat nach intensiver Diskussion schliesslich die Stimmfreigabe zum Budget, vor allem zu den Anträgen 2 und 3 beschlossen. Im Antrag 1 geht es darum, die bestehenden Fakten festzuhalten. Eine Steuersenkung wäre besser gewesen, aber das scheint im Moment nicht möglich zu sein und damit kann man leben. Im Interesse der Steuerzahlenden ruft man den GR und die Verwaltung mit aller Deutlichkeit auf, die Kosten kritisch, nötigenfalls auch dramatisch zu hinterfragen sowie bei Umsetzungsarbeiten pragmatisch und nicht musterschülerhaft zu agieren. Dem SR sind immer die Kostenfolgen seiner Beschlüsse und Entscheide offenzulegen und unaufgefordert zu kommunizieren. Alles hat ein Preisschild, so wie es Holzer Rudolf, Leiter Baudirektion, schon öfters und zu Recht erwähnt hat. Der SR wird gebeten, die Stadt Burgdorf und die Verwaltung nicht zu überfordern. Die politischen Vorstösse und Forderungen müssen sich immer an einer strategischen Gesamtheit und an prioritären Notwendigkeiten orientieren, anstatt von Wünschbarem oder kurzfristigem Modetrends.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice dankt für dieses Votum. Als Ergänzung zu den geschaffenen Stellen wird darauf hingewiesen, dass es nicht immer 100 Prozent Stellen, sondern auch gewisse Stellenprozente sind.

Stadträtin Fankhauser Claudia, namens der FDP-Fraktion, dankt für die ausführlichen Unterlagen zum Budget und zur Finanzplanung 2027 bis 2029. Die Vorredner haben schon viel gesagt. Die FDP-Fraktion stört sich am Personalaufwand, weil dieser gegenüber der Rechnung um 1.6 Mio. Franken zunehmen soll. Im Vergleich dazu, die Steuereinnahmen steigen etwas über 2 Mio. Franken. Das heisst, dass der Personalaufwand mit den stetig neu geschaffenen Stellen mittlerweile 75 Prozent des Steuerzuwachs verbraucht. Dies ist aus Sicht der FDP-Fraktion der Ursprung dieses schlechten Betriebsergebnisses, das Burgdorf hat. Die jahrelangen Neubewertungsreserven von 5.4 Mio. Franken fallen jetzt weg. Entsprechend mussten 3.2 Mio. Franken aus den Selbstfinanzierungskonten des Eigenkapitals entnommen werden. Es gibt aber auch positive Entwicklungen. Die Zentrumslasten führen zu einem Mehrertrag, aber Jahr für Jahr wird von Gewinn gesprochen. Das ist irreführend und eine Augenwischerei gegenüber den Steuerzahlern. Tatsache bleibt, dass das Eigenkapital abnimmt und die Schulden steigen werden. Dies, noch bevor ein Grossteil der Investitionen für bekannte Infrastrukturvorhaben berücksichtigt worden sind. Wenn ein Budgethaushalt mit einem Umsatz von

118 Mio. Franken, das ist der betriebliche Ertrag, nur 3 Mio. Franken an Investitionen selbst finanzieren kann, spricht dies Bände über den wahren Zustand der Stadtfinanzen.

Stadtrat Thompson Ian, namens der GLP-Fraktion, dankt dem GR und der Verwaltung für die Unterlagen zum Budget und Aufgaben- und Finanzplan. Die Vorredner haben bereits viele Punkte abgedeckt. Es ist erfreulich, wenn man ins Jahr 2029 schaut, dass zumindest die Prognosen und Kosten für die Bildungsdirektion nach der Integration der Ukraine Kindern und der ausgebauten Tagesschulstrukturen relativ stabil sind. Dazu kommen aber die Personalkosten, insbesondere um die nächsten Bauprojekte zu planen und zu managen, obwohl diese noch gar nicht auf der Investitionsliste stehen. Ab dem Jahr 2029 folgen die grossen Investitionen, notabene mit wenig Eigenmittel und einem Verschuldungszuwachs von 130 auf 155 Mio. Franken. Das ist bitter. The same procedure as every year! Die Verwaltung schafft es immer wieder, den Personalaufwand, den Sachaufwand und den übrigen Betriebsaufwand überproportional zu belasten. Man muss nicht nur die Direktionen, sondern auch den GR in die Pflicht nehmen, noch haushälterischer mit dem Geld umzugehen und nach Prioritäten zu arbeiten. Die Pauschalabgeltung der Zentrumslasten bringt im Jahr 2027 eine wesentliche Verbesserung, aber mit so vielen Investitionen ab dem Jahr 2030 ist es zwingend, noch haushälterischer mit dem Geld umzugehen und die Spezialfinanzierungen für Schulanlagen und Verwaltungsgebäude anzuäufen. Die GLP-Fraktion plädiert den Fokus auf Investitionsdisziplin, Investitionspriorisierung und langfristige Tragbarkeit der Projekte zu richten. Man schätzt die Transparenz, aber es ist offensichtlich noch nicht genug. Die GLP-Fraktion unterstützt die Anträge grundsätzlich, aber es wurde Stimmfreigabe beschlossen.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP, dankt für die umfangreichen zum Budget 2026 und zum Aufgaben- und Finanzplan 2027 bis 2029. Es sind sehr viele Zahlen und man hat alle durchgelesen und gesehen. Die EVP stellt sich hinter dieses Budget und hinter den Finanzplan. Die EVP unterstützt die Stellenaufstockung, vor allem in der Schulsozialarbeit. Es ist notwendig und richtig, dass man an unseren Schulen und in den Schulhäusern entsprechend der Kinder- und Jugendanzahl Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter hat. Man kann das nicht nur isoliert auf den Moment anschauen. Die Schulsozialarbeit stützt und begleitet die Kinder und Jugendlichen in der Schulzeit. Man weiss, wie komplex das Leben unserer Kinder und Jugendlichen geworden ist. Die Schulsozialarbeit wird unter Gesundheitsförderung und auch Entlastung der Volkswirtschaft abgebucht, weil die Kinder dank dieser Unterstützung nicht plötzlich zu Hause bleiben. Wenn Kinder ambulant oder stationär in eine Kinder- und Jugendpsychiatrie müssen, entstehen Kosten, die auf die Allgemeinheit zurückkommen und das volkswirtschaftliche Budget belasten. Deshalb steht die EVP auch hinter dem Teuerungsausgleich der städtischen Angestellten und der Stundenlohnanpassungen. Man will nicht, dass sie zukünftige Ergänzungsleistungsbezüger werden, weil dadurch die Finanzen des Staats auch belastet werden. Man spricht hier selbstverständlich nicht von den mittleren und Chefgehältern in der Verwaltung. Die Realität zeigt, dass die finanziellen Aussichten nicht positiv sind. Die Zunahme der Verschuldung macht auch die EVP nicht zufrieden. Man ist aber der Meinung, wenn wir schauen, was alles vorgesehen ist und wo Geld investiert wird, dass es logisch ist, dass dies nicht aus eigenen Mitteln finanziert werden kann. Was auch noch auf die Stadt Burgdorf zukommen wird, ist die ganze Renovation und Neupflasterung der Oberstadt, wenn die Fernwärmeanschlüsse kommen. Die EVP wird den Anträgen des GR folgen und das Budget wie auch der Aufgaben- und Finanzplan annehmen.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, dankt dem GR und der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Wie jedes Jahr erachtet man den Kompass und die Informationsveranstaltung als sehr gewinnbringend und zielführend. Die SP-Fraktion hält fest, dass die Zielvorgabe eines ausgeglichenen Budgets mit einer schwarzen Null im Allgemeinen Haushalt erreicht wird. Man ist

sich bewusst, dass gewisse Kritikpunkte im Raum stehen. Genannt werden immer wieder die Verschuldung von rund 130 Mio. Franken, die Lohnmassnahmen und der Teuerungsausgleich sowie die Schaffung neuer Stellen. Diesen Vorwürfen tritt man entschieden entgegen. Die Verschuldung ist kein Selbstzweck, sondern eine Investition in die Zukunft unserer Stadt Burgdorf. Die getätigten Investitionen haben einen realen Gegenwert wie die Schulen, die Infrastruktur und die Dienstleistungen für die Bevölkerung. Der Selbstfinanzierungsgrad ist tief und die Aufnahme neuer Schulden ist nie schön. Diese Mittel fliessen aber in Werte, von denen Burgdorf langfristig profitiert. Ob der nächsten Generation geholfen ist, wenn man Schulden abbaut, oder ob es nicht doch sinnvoller ist, wenn man ihnen jetzt genügend Schulraum und Schulsozialarbeiterinnen zur Verfügung stellt, sei dahingestellt. Wer eine engagierte Verwaltung will, muss faire Löhne bezahlen. Den Nachholbedarf hat Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice bereits erwähnt. Die beschlossenen Lohnmassnahmen sind nicht übertrieben, sondern gerechtfertigt. Der Teuerungsausgleich von 0.2 Prozent ist keine Grosszügigkeit, sondern schlicht notwendig, um den realen Kaufkraftverlust etwas abzufedern. Gerade angesichts der allgemeinen Preisentwicklung ist es richtig, dass die Stadt Burgdorf Verantwortung übernimmt. Und langfristig betrachtet, rund 30 Prozent des städtischen Personals steht vor der Pensionierung. Das führt automatisch zu Rotationsgewinnen, also zu Einsparungen über die Zeit. Die neuen Stellen, insbesondere in der Schulsozialarbeit, sind klug und nachhaltig. Wer früh unterstützt, spart später. Prävention reduziert Sozial- und Bildungskosten. In den letzten Jahren wurde immer wieder ein finanzielles Horrorszenario beschworen, sobald die Neubewertungsreserven aufgebraucht sind. Dieses Szenario ist nicht eingetreten. Einlagen in die Spezialfinanzierungen sind immer noch möglich, nicht mehr im selben Umfang, aber sie sind noch möglich. Der GR hat vorausschauend geplant und erfüllt seine Aufgaben mit dem Budget 2026. Und zum Schluss, wie alle Jahre wieder. Eine Gemeinde ist keine Firma. Ihr Ziel ist nicht Gewinnmaximierung, sondern Lebensqualität. Die SP-Fraktion wird den Anträgen des GR geschlossen zustimmen.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, teilt mit, dass er das Budget angeschaut und studiert hat. In Zukunft soll darauf geachtet werden, dass man die Ausgaben nicht den Einnahmen anpasst, sondern versucht, nicht mehr auszugeben als hereinkommt. Es werden Personen pensioniert, aber es werden wieder Leute angestellt, die auch wieder älter werden und eine Lohnerhöhung erhalten. Deshalb ist es unklar, ob es sich wirklich ausgleicht. Stadtrat Lauwiner Jonas wird dem Budget zustimmen. Die Steuern bleiben gleich, jedoch sollte es das Ziel sein, den Steuersatz ein wenig anzupassen und zu senken, auch wenn es nur wenig wäre.

Stadtrat Hedinger Christian, namens der Grüne-Fraktion, dankt für die Unterlagen und teilt mit, dass man geschlossen den Anträgen des GR folgt.

Abstimmung

1. Im Jahr 2026 sind folgende Gemeindesteuern zu erheben:

- a) auf den Gegenständen der Kantonssteuer das 1.63fache (unverändert) der gesetzlichen Einheitsansätze.
- b) eine Liegenschaftssteuer von 1.0 Promille (unverändert) des amtlichen Wertes.
- c) eine Feuerwehrdienstersatzabgabe von 12.5 Prozent der Einfachen Steuer, maximal CHF 400.00 (unverändert).

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Ziffer 1.

Abstimmung

2. Das Budget 2026 wird genehmigt bestehend aus:

	Aufwand in CHF	Ertrag in CHF
Gesamthaushalt	128'837'045.64	128'386'795.82
Aufwandüberschuss		450'249.82
Allgemeiner Haushalt	121'675'545.82	121'675'545.82
Ertragsüberschuss	0.00	
SF Abwasserentsorgung	3'598'163.31	3'311'500.00
Aufwandüberschuss		286'663.31
SF Abfallentsorgung	2'114'006.44	2'218'000.00
Ertragsüberschuss	103'993.56	
SF Feuerwehr	1'449'330.07	1'181'750.00
Aufwandüberschuss		267'580.07

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 22 Ja und 6 Nein Stimmen bei 9 Enthaltungen die Ziffer 2.

Abstimmung

3. Die Saldi der Erfolgsrechnung 2026 der nachfolgend genannten Organisationseinheiten und Produktgruppen (Deckungsbeitrag 5) werden genehmigt (Art. 10 Abs. 3 NPMR):

PraD: PG 10, 11, 13 und 14

BauD: PG 20, 21, 22, 23, 24 und 25

ESiD: PG 32, 33, 34, 35, 36 und 37

BilD: PG 50, 51 und 52

SozD: PG 60, 61, 62 und 63

FinD: PG 70

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 22 Ja und 6 Nein Stimmen bei 9 Enthaltungen die Ziffer 3.

SRB: 2025-931 | Registratur-Nr. 1.7.1

Auftrag Grüne und SP betreffend geschlechterneutrale Toiletten in Schulhausneubauten und -umbauten

Verhandlung

Stadtratspräsident Schärf Philipp stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice teilt mit, dass sich die Welt dreht, verändert und es immer wieder angepasste Auseinandersetzungen benötigt, ohne in eine ideologische Diskussion zu verfallen. Geschlechtsneutrale Toiletten an Volksschulen sind zulässig, werden aber immer noch diskutiert. Während einige Schulen sie einführen, um Inklusion zu fördern und diskriminierungsfreie Räume zu schaffen, gibt es Bedenken bezüglich der Privatsphäre und der Akzeptanz durch Eltern und

Schüler. Wichtige Aspekte sind die Umstellung bestehender Anlagen und die Schaffung neuer, vollständig abgeschlossener Kabinen mit Waschbecken innerhalb der Kabine, um die Privatsphäre zu gewährleisten. Ebenso ist die Entwicklung der Kinder in der Zeitspanne Basisstufe bis Oberstufe zu berücksichtigen. Themen wie Sexualität, Ausscheidung, sich als Mann bis Frau oder gar nicht zu fühlen, Intimität, Schutz und Angst vor Ausgrenzung, ausgelacht werden, Mobbing und Übergriffen sind da sehr unterschiedlich gross, wichtig bis unwichtig oder wie auch immer für dies Menschen. Die Einführung geschlechtsneutraler Toiletten ist eine Möglichkeit, Inklusion zu fördern, erfordert aber sorgfältige Planung, um Bedenken bezüglich Privatsphäre und Akzeptanz auszuräumen. Um die Akzeptanz zu gewährleisten, müssen die Schulen auch auf die Bedürfnisse von Eltern und Schülern eingehen und die Umstellung sorgfältig planen. In der Vorlage sind auch die unterschiedlichen Erfahrungen anderer Gemeinden beschrieben, die auch ein unklares Bild ergeben. Die Sicht der Bildungsdirektion ist auch in der Vorlage beschrieben. Der GR folgte nach intensiver und kontroverser Auseinandersetzung der Sicht der Bildungsdirektion, dass sie es mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben, welche sie ein sicheres und geschütztes Umfeld beziehungsweise Toilettenanlagen bieten müssen und lehnt deshalb den Auftrag ab.

Stadträtin Müller Vicky, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass man im ursprünglichen Auftrag gefordert hat, dass bei Neu- und Umbauten von Schulhäusern geschlechtsneutrale Toiletten eingeplant werden sollen, mit vollständig abgetrennten Kabinen und ohne Pissoir. Der Gedanke dahinter ist eine einfache, man will eine hygienische Lösung für alle Kinder schaffen, unabhängig von der Geschlechtsidentität. Der GR hat in seiner Antwort jedoch signalisiert, dass für geschlechtsneutrale Toiletten derzeit keine Mehrheit besteht. Die Grüne Fraktion hat deshalb den Abänderungsantrag verfasst, um dies mehrheitsfähiger zu gestalten und trotzdem einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung zu machen. Der SR hat im Mai 2024 dem dritten Geschlechtseintrag im städtischen Formular zugestimmt. Das reicht aber noch lange nicht aus für eine Gleichstellung für Menschen ausserhalb des binären Spektrums. Neu fordert die Grüne-Fraktion deshalb nur noch, dass bei Neu- und Umbauten auf Pissoirs verzichtet wird. Damit werden vier Ziele verfolgt. Pissoirs sind nachweislich schwerer sauber zu halten als Toiletten in geschlossenen Kabinen. Dies bestätigt nicht nur das Reinigungspersonal, sondern auch viele Hauswarte. Der Verzicht auf Pissoirs bedeutet eine Entlastung für die Menschen, die täglich für saubere Anlagen sorgen. Wenn alle Toilettenanlagen gleich gestaltet sind, kann der Raum flexibel genutzt werden, je nach Bedarf und ohne teure Umbauten. Es gibt eine Gleichbehandlung und Flexibilität. So kann man später auch unkompliziert auf geschlechtsneutrale Anlagen umstellen, falls sich die gesellschaftliche Haltung weiterentwickelt. Die Kinder kennen die Pissoirs von zu Hause nicht, auch dort brauchen sie Toiletten. Es ist alltagstauglicher. Es ist also kein pädagogischer oder praktischer Nachteil, auf Pissoirs in Schulen zu verzichten, im Gegenteil, die Kinder finden eine vertraute Umgebung vor. Toilettenkabinen bieten mehr Rückzugsmöglichkeiten und Schutz als Pissoirs. Es herrscht Respekt und Privatsphäre. Gerade in Schulen, in denen sich Kinder in der Pubertät befinden, kann dies zu einem respektvolleren Umgang beitragen und Unwohlsein vermeiden. Man ist der Meinung, dass der Zeitfaktor keine Begründung ist, weil alle Zeit haben müssen, um in den kleinen Pausen aufs WC gehen zu können. Der Abänderungsantrag ist eine pragmatische, umsetzbare und sinnvolle Zwischenlösung. Man fordert keine radikale Änderung, sondern schlicht den Verzicht auf ein veraltetes, wenig hygienisches und unnötiges Element. Damit schafft man bessere Bedingungen für alle, für die Kinder, für das Reinigungspersonal und für zukünftige Anpassungen an eine inklusivere Gesellschaft. Der SR wird gebeten, dem Abänderungsantrag zuzustimmen.

Abänderungsantrag Grüne-Fraktion

Der Gemeinderat wird aufgefordert, bei Neu- und Umbauten von Schulhäusern auf Pissoirs gänzlich zu verzichten.

Stadtrat Hedinger Christian möchte als Mann noch etwas anmerken. Es ist eine Sache, die Männer und Frauen angeht. Stadtrat Hedinger Christian hat ein Grosskind, das in die erste Klasse geht, und es einmal pro Woche hütet. Es ist klar, jeder Knabe muss heute hinsitzen. Sicher 90 Prozent aller Leute hier im Saal würden da beipflichten. Dann kommen sie in die Schule und haben die Pissoirs. Gemäss Abwart des Lindenfeldschulhauses herrscht bei den Pissoirs eine Sauerei. Das ist sicher nicht das einzige Argument, das gegen Pissoirs spricht. Es ist auch nicht die allerwichtigste Frage dieser Legislatur, dessen ist man sich bewusst. In den letzten Wochen wurden viele Diskussionen geführt und man hat nur einen einzigen Grund gefunden, die für Pissoirs sprechen, nämlich weil sie weniger Wasser verbrauchen. Ob das mit den entsprechenden Wasserspartasten bei der normalen Toilette stimmt, ist erst einmal dahingestellt. Niemand konnte ein Grund nennen, der einigermaßen faktenneutral ist und nicht auf Journalismus oder Gesundheit basiert. Es gibt sogar Leute, die sagen, die Blasenentleerung bei Männern, wenn sie sitzen, sei weniger gut. Ein Urologe würde über eine solche Aussage lachen. Auf den männlichen Stolz müssen wir nicht mehr eintreten. Die geschlechtsneutrale Toilette werden wir für das nächste Jahrzehnt aufbewahren. Der SR wird gebeten, auf Pissoirs zu verzichten. Ein kleiner Schritt für die Gleichstellung.

Stadtrat Fluri Raff, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man innerhalb der Fraktion unterschiedlich abstimmen wird, vor allem nach dem Abänderungsantrag gab es zu diesem Thema alle möglichen Meinungen. In der Diskussion hat man festgestellt, dass es enorme Unterschiede gibt zwischen den verschiedenen Schulhäusern und den verschiedenen Unterrichtsstufen, wie auch, aus welchem Umfeld die Schüler kommen. Gesamthaft ist die SP-Fraktion dafür, dass man grundsätzlich für möglichst viele Möglichkeiten für alle ist. Als Partner einer Lehrerin, die 5. und 6. Stufe unterrichtet, ist Stadtrat Fluri Raff durchaus für die Schaffung von zusätzlichen geschlechtsneutralen Toiletten, damit alle Kinder so ihr Geschäft verrichten können, wie es ihnen wohl ist. Was aber aus seiner Sicht gar nicht geht, ist die Abschaffung der Pissoirs. Es gibt einfach immer noch ganz viele Kinder, und auch erwachsene Männer, die auf öffentlichen Toiletten nicht abhocken können oder nicht wollen. Die Konsequenz ist, dass sie dann halt einfach vor dem Topf stehen und ihr Geschäft so stehend verrichten. Der Reinigungsaufwand wird durch die Abschaffung der Pissoirs nicht weniger, sondern verlagert sich einfach. Es wird die Aufgabe der Klassenlehrpersonen sein, zu kontrollieren, dass die Toiletten sauber gehalten sind. Klassenlehrpersonen, die schon jetzt, vor allem im Kanton Bern, viel zu viele Sachen erledigen müssen, die gar nichts mit ihrem Bildungsauftrag zu tun haben. Den Lehrpersonen sollen nicht noch mehr Aufgaben gegeben werden, die nichts mit dem Lehrauftrag zu tun haben.

Stadträtin Seiler Keller Jeannine, namens der Mitte-Fraktion, teilt mit, dass die Ausführung der WC-Anlagen vor rund anderthalb Jahren festgelegt wurden und ohne die Basis, sprich die Schulen, zu befragen. Eine Umfrage an der Schule Schlossmatt im Holzmodulbau vor einer Woche ergab, dass sich die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler mit der bestehenden Trennung der Anlagen wohlfühlen. Gewisse Anpassungen bezüglich Schutzes der Privatsphäre und des Pissoirs für verschiedene Altersgruppen sollten vorgenommen werden. Mit dem Bau einer barrierefreien und neutralen Toilette werden auch alle Menschen respektiert und unterstützt. Im Auftrag steht, dass Toiletten sauberer sind als Pissoirs. Gemäss Abklärungen bei einem Hauswart aus einer Schule in Burgdorf ist es genau gegensätzlich, nämlich, dass Pissoirs sauberer sind. Die Pissoirs sind auch einfacher zu reinigen, sie haben keinen Rand und keinen Deckel. Pissoirs brauchen weniger Wasser und weniger Platz als normale Toiletten. Deshalb sind Pissoirs umweltfreundlicher, günstiger und praktischer. Aus diesen Gründen lehnt die Mitte-Fraktion den Auftrag ab.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, teilt mit, dass er sich nicht hätte vorstellen können, dass man im SR über Toiletten diskutieren muss. Das Pissoir ist ein Fortschritt der menschlichen Gesellschaft. Es ist eine Innovation, die es früher nicht gab. Es ist unverständlich, warum man Pissoirs weghaben will, denn es gibt immer noch Toiletten, wenn man sitzen will. Jeder kann entscheiden, was er benutzen will. Stadtrat Lauwiner Jonas stört sich, wenn Frauen sagen, es braucht keine Pissoirs. Sie benützen diese nicht und sollen es den Männern nicht wegnehmen. Nicht jeder Mann kann gut zielen, deshalb ist ein Pissoir besser, weil man dort näher dran ist. Der Ansatz ist verständlich, aber nicht für die Mehrheit. Wenn man sich schämt, kann man die Kabine benutzen. Wenn man Jungs in der Schule fragt, sind sie für Pissoirs, weil es schneller geht. Stadtrat Lauwiner Jonas lehnt beide Anträge ab.

Stadträtin Veraguth Beryll, namens der EVP, teilt mit, dass Pissoirs ein Treffpunkt sind. Das ist ein Originalzitat von einem Mann aus ihrem Umfeld, als sie mit ihm über dieses Traktandum gesprochen hat. Es geht hier anscheinend um ein sensibles Thema, wie aus gewissen Voten im Rat zu erkennen ist. Man muss sich aber in Erinnerung rufen, in welchem Kontext man darüber diskutiert. Es geht nicht um Restaurants, es geht nicht um Bars, es geht auch nicht um irgendwelche öffentlichen Gebäude, sondern es geht um die Schulen. Dort sind Kinder zwischen vier und maximal 16 Jahren. Deshalb stellt sich die Frage, weshalb man dagegen ist. Die Kinder würden diese Diskussion hier wohl auch nicht ganz verstehen, weil sie nicht das Gefühl haben, dass ihnen etwas weggenommen wird, wenn sie keine Pissoirs benützen können. Die WCs in den Schulen sind eklig. Stadträtin Veraguth Beryll arbeitet an einer Schule und es gibt Listen in den Klassenzimmern, bei denen sich die Kinder eintragen müssen. Weitere Details zu den WCs wird dem SR erspart. Das sind andere Probleme, die jede Schule selbst angehen muss und der SR löst sie auch nicht, indem wir das diskutieren. Was jedoch wichtig ist, ist die Sicherheit der Kinder und darüber wurde noch nicht gesprochen. Sexuelle Übergriffe, Mobbing, und Sextortion, das bedeutet Erpressung mit Nacktfotos, ist in Schweizer Schulen unterdessen Realität. Mit diesem Gedanken findet die EVP eine Pissoir-Reihe ein zusätzliches Risiko. Heutzutage haben die Kinder ihre Handys sehr oft auch in der Unterstufe dabei. Schulen beginnen dagegen vorzugehen. Das Handy ist auf einer Toilette schnell hervorgeholt und man kann Fotos machen. Man könnte die Pissoirs auch in einer Kabine bauen, damit würde man das vielleicht schon ein wenig einschränken. Stadträtin Veraguth Beryll hat mit einem Mann aus ihrem Umfeld gesprochen, der Mobbing Erfahrung hat. Er sei nie auf ein Pissoir gegangen. Deshalb kann man mit gutem Gewissen sagen, dass die Pissoirs in Schulen nicht durchgesetzt werden müssen. Es können alle sitzen. Die EVP stimmt dem Abänderungsantrag zu.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, teilt mit, dass es wieder eine Meinung einer Dame ist. Es ist aber ein Männerthema. Es gibt Männer, die sich schämen. Man sollte Kinder fragen und nicht Frauen in den Klassen, ob das Pissoir oder die Toilette benützt wird. Das wäre eine korrekte Abstimmung. Es macht nicht Sinn, wenn Frauen die Männertoiletten beschliessen. Stadtrat Lauwiner Jonas möchte wissen, ob die Abstimmung unter Namensaufruf erfolgen kann.

Stadtratspräsident Schärf Philipp teilt mit, dass gemäss Stadtratsreglement Artikel 21 Absatz 4 auf Verlangen von einem Viertel der anwesenden Mitglieder die Abstimmung unter Namensaufruf verlangt werden kann. Er geht aber davon aus, dass dies nicht verlangt wird.

Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass die Diskussion im Rat die sachliche Ebene verlassen hat. Sie ist Mutter von mittlerweile drei erwachsenen Söhnen und hat diverses erlebt. Der Sicherheitsaspekt ist aber ganz wichtig. Stadtrat Hedinger Christian hat auch noch den Wasserverbrauch erwähnt. Das kann ein Argument sein, aber die Sicherheit der Kinder ist wichtiger. Man hat eine veränderte Gesellschaft und veränderte Gefahren. Die Kinder sind unsere

Zukunft und man sollte sie so gut wie möglich schützen, vor allem in der Schule. Für die 4- bis 16-Jährigen muss ein geschützter und sicherer Rahmen geschaffen werden. Die SVP-EDU-Fraktion hat Stimmfreigabe beschlossen. Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara hat ihr Votum nicht mit der Fraktion abgesprochen.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP, teilt mit, dass eine sachliche Diskussion im Rat wichtig ist. Sie lacht auch gerne mit, aber bei der jetzigen Diskussion haben sich die Grenzen verbal aufgedrängt.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, verzichtet auf die Abstimmung unter Namensaufruf.

Abstimmung

Wortlaut Auftrag: 9 Stimmen

Der Gemeinderat wird aufgefordert, bei Neu- und Umbauten von Schulhäusern auch geschlechterneutrale Toiletten einzuplanen, welche mit Kabinen voneinander getrennt sind. Pissoirs sollen gänzlich gestrichen werden.

Abänderungsantrag Grüne-Fraktion: 17 Stimmen

Der Gemeinderat wird aufgefordert, bei Neu- und Umbauten von Schulhäusern auf Pissoirs gänzlich zu verzichten.

Enthaltungen: 11 Stimmen

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 17 zu 9 Stimmen bei 11 Enthaltungen dem Abänderungsantrag zu.

Abstimmung

Annahme Abänderungsantrag

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 19 Ja und 14 Nein Stimmen bei 4 Enthaltungen dem Abänderungsantrag zu.

SRB: 2025-932 | Registratur-Nr. 1.7.1

Auftrag SP-Fraktion betreffend kostenloser Eintritt ins Freibad Burgdorf mit KulturLegi und für Kinder unter 12

Verhandlung

Stadtratspräsident Schärf Philipp stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice dankt für den vorliegenden Auftrag. Dieser gibt für Kinder und auch für Leute mit einer KulturLegi-Karte eine gute Möglichkeit, wenn dieser umgesetzt werden

sollte, für eine sinnvolle Bewegungs- und Freizeitbeschäftigung. Insbesondere für Kinder, die aus Familien stammen, die weniger Einkommen haben. Der GR findet es eine sehr gute Idee. Der GR ist aber der Auffassung, und deshalb wurde der Wortlaut geändert, dass man die Idee vorerst auf zwei Jahre befristet, quasi als Probezeit durchführen will, um die Auswirkungen zu sehen. Der GR hat grosses Verständnis für das Anliegen des Auftrags. Es liegt auch ein Änderungsantrag vor, wonach nach diesen zwei Jahren Probezeit der SR über die definitive Einführung mitbestimmen kann. Die Probezeit wird mittels Erhebungen, Zahlen und Pricing erhoben. Es braucht Grundlagen, um nachher entscheiden zu können, unabhängig auf welcher Ebene. Die definitive Einführung wird in der finanziellen Kompetenz des GR liegen. Der GR wird im Rahmen des Traktandum Informationen aus dem GR dem SR die fundierten Ergebnisse kundtun und den Entscheid begründen.

Stadträtin Blume Tanja, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man dem geänderten Wortlaut des GR zustimmen kann. Man hat zudem einen Änderungsantrag eingereicht, damit das Geschäft nach zwei Jahren wieder im SR traktandiert wird und der SR abschliessend darüber entscheiden kann, weil es ein wichtiges Geschäft ist. Kurz vor der Sitzung hat man nun erfahren, dass der Änderungsantrag ungültig sei. Deshalb wird nach der Debatte eine Pause verlangt, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Die Badi Burgdorf soll gratis werden für Kinder bis zwölf und für Personen mit KulturLegi. Das Freibad Burgdorf hat moderate Eintrittspreise. Trotzdem gibt es auch in Burgdorf Menschen, die jeden Franken umdrehen müssen. Wenn sie sich Ende Monat entscheiden müssen, ob sie die Packung Spaghetti kaufen oder den Eintritt in die Badi bezahlen, werden sie sich wohl für das Essen entscheiden. Genau solchen Personen soll der vorliegende Auftrag helfen. Für eine grosse Familie kostet der Badeeintritt nicht nur zwei Franken, sondern zum Beispiel insgesamt 20 Franken für eine Familie mit fünf Kindern und zwei Erwachsenen. Es darf nicht sein, dass sich gerade in Zeiten, in denen es immer heisser wird und in der Emme nicht immer gerade so viel Wasser ist, die Leute sich die Badi nicht leisten können. Man geht nicht davon aus, dass dieser Auftrag dazu führt, dass die Badi dann völlig überlaufen ist oder man nicht mehr kontrollieren kann, wer reinkommt. Es wird genauso immer noch Eingangskontrollen geben, wo alle anderen Personen auch weiterhin das Ticket bezahlen werden müssen. Zudem wird es wie bis jetzt Bademeister und Bademeisterinnen vor Ort haben, die schauen, dass zum Beispiel eben auch Kinder, die ohne Eltern unterwegs sind, sicher bleiben. Man geht davon aus, dass die Kosten von jährlich nicht einmal Fr. 12'000.-- das Budget der Stadt Burgdorf nicht übermässig belasten. Mit dieser Probezeit von zwei Jahren kann man das alles vorerst einmal anschauen und ausprobieren. Auch wenn der Änderungsantrag nicht gültig ist, geht man davon aus, dass der GR den SR entsprechend informieren wird. Der SR wird gebeten, dem geänderten Wortlaut des GR zuzustimmen.

Stadtrat Hohl Martin, namens der Mitte-Fraktion und Co-Geschäftsführer der Hallenbad AG, verweist auf einige operative und sicherheitsrelevante Aspekte, die im weiteren Verlauf berücksichtigt werden müssen und bei der Stellungnahme des GR fehlen. Mit der Umsetzung der Vorlage wird mit einem deutlichen Anstieg an Besucherzahlen gerechnet, insbesondere bei schönem Wetter und während der Ferienzeit. Dies ist zwar erfreulich, bringt aber auch höhere Verantwortung an die Sicherheit aller Badegäste mit. Die Hallenbad AG, welche im Auftrag der Stadt Burgdorf die Betriebsführung übernimmt, weist darauf hin, dass mehr Besucherinnen und Besucher auch mehr Aufsichtspersonal erfordert. Die Anstellung an dieses zusätzliche Personal muss vor Saisonbeginn erfolgen und setzt eine frühzeitige und sichere Finanzierung voraus. Aktuell ist die Finanzierung des zusätzlichen Personalbedarfs nicht gedeckt. Ohne entsprechende Mittel ist die Sicherheit im Badbetrieb nicht gewährleistet. Zum Vergleich, die Stadt Bern bietet in den Freibädern einen kostenlosen Eintritt an, verfügt aber über deutlich mehr Personal und setzt zusätzliche externe Mitarbeiter einer Securitasfirma ein. Dieser Aspekt zeigt, dass ein sicherer und gut organisierter Betrieb auch bei freiem Eintritt nur mit ausreichenden personellen und finanziellen Ressourcen möglich ist. Zudem ist

im Antrag eine zweijährige Testphase vorgesehen. Stadtrat Hohl Martin weist hier ausdrücklich darauf hin, dass es bei der Sicherheit keine Testphase gibt. Die Hallenbad AG muss vom ersten Tag an bereit sein. Im Bereich der Sicherheit kann man nicht testen. Ein Fehler oder eine unzureichende Aufsicht kann schwerwiegende Folgen haben. Erst letzte Woche hat ein tragischer Gerichtsfall gezeigt, bei welchem die Aufsicht thematisiert wurde, wie verheerend die Konsequenzen sein können, wenn aufgrund von zu wenig Aufsichtspersonal ein Kind verunglückt. Darüber hinaus betont Stadtrat Hohl Martin, dass er sich persönlich jeden Tag dafür einsetze, dass im Hallenbad jedes Kind erst schwimmen kann, am Land und im Wasser. Beim vorliegenden Auftrag geht es jedoch nicht um zusätzliche Investitionen in den Betrieb des Freibads. Man unterstützt die Investition in das Freibad. Grundsätzlich ist man aber der Meinung, dass solche Massnahmen, die in einem Gesamtkonzept betrachtet werden, priorisiert und geplant werden müssen. Stadtrat Hohl Martin möchte vom GR wissen, ob im Testbetrieb zusätzliche finanzielle Möglichkeiten vorgesehen sind.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice teilt mit, dass keine zusätzlichen Mittel vorgesehen sind und man nicht mit dermassen vielen zusätzlichen Eintritten rechnet. Man kann sich aber täuschen.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, teilt mit, dass er am Anfang dagegen war. Die Kinder unter zwölf Jahren kommen sowieso mit den Eltern oder einem Elternteil ins Freibad. Wenn Kinder unter zwölf Jahren allein ins Freibad kommen, ist es ein wenig komisch und man sollte genauer hinschauen. Es ist aber klar, dass man dem Bademeister nicht die Schuld geben kann, wenn auf einmal viele Kinder aus der ganzen Schweiz ins Freibad kommen, weil es gratis ist. Stadtrat Lauwiner Jonas unterstützt deshalb den Auftrag, weil man als erwachsene Person den Kindern einen Gefallen machen kann und sie auch Spass haben sollen. Wenn die Kinder in der Badi sind, machen sie dafür keinen anderen Blödsinn.

Stadträtin von Känel Claudia, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass man den Auftrag intensiv und kontrovers diskutiert hat. Auf den ersten Blick klingt der Auftrag sicher vielversprechend und interessant, für die GLP-Fraktion hat aber die Sicherheit oberste Priorität. Stadtrat Hohl Martin hat vorhin dazu bereits viel gesagt. Wer heute an einem heissen Tag im Freibad ist, weiss, dass es schon heute viele Kinder oder viele Leute hat. Deshalb hat man Bedenken, dass man die Sicherheit mit dem heutigen Personalbestand weiterhin gewährleisten kann. Aus diesem Grund lehnt die GLP-Fraktion den Auftrag ab.

Stadträtin Veraguth Beryll, namens der EVP, teilt mit, dass man den Auftrag der SP-Fraktion unterstützt. Die Sicherheitsbedenken kann man sehr gut nachvollziehen. Den Fall in Biel hat Stadträtin Veraguth Beryll verfolgt. Dort waren drei Lehrpersonen oder drei Aufsichtspersonen und zusätzlich noch ein Bademeister vor Ort, und trotzdem ist dieser tragische Unfall passiert. Es ist leider auch eine Realität, dass immer etwas geschehen kann, man muss es aber nicht zusätzlich herausfordern. Das Problem ist tatsächlich, dass man zum jetzigen Zeitpunkt nur spekulieren kann, ob mehr Kinder kommen. Man hat keine verlässlichen Zahlen und deshalb ist die zweijährige Testphase eine gute Sache, damit man nachher wirklich darüber schauen kann, was es für Folgen hat. Einigermassen privilegierten Familien mussten nie darüber nachdenken, ob man den Eintritt bezahlen kann. Es ist nicht vorstellbar, aber es gibt Menschen, die jeden Franken umdrehen müssen. Auch Kinder haben das Recht, einmal mit der Familie in die Badi zu gehen. Aus diesem Grund stimmt die EVP dem geänderten Wortlaut des GR mit der zweijährigen Testphase zu.

Stadträtin Maurer Roschi Franca hat eine Frage an Stadtrat Hohl Martin. Werden die Anzahl Kinder, jetzt wo man bezahlen muss, die in die Badi kommen, gezählt? Warum sollte es nicht möglich sein, wenn sie nicht mehr bezahlen müssen? Gibt es eine Besucherbegrenzung?

Stadtrat Hohl Martin teilt mit, dass man nicht wissen kann, wie viele Kinder kommen werden. Das Freibad hat Anforderungen, die es erfüllen muss. Es gibt Normen und Gesetze an die Aufsicht. Man muss eine gewisse Anzahl an Bademeister stellen. Wenn an einem schönen Nachmittag rund 200 Kinder mehr in der Badi kommen, ist man unterbesetzt. Wenn etwas passiert, haftet das Badpersonal. Es gibt keine Besucherbegrenzung. Das Freibad hat Richtlinien. Man weiss ungefähr, wie viele Leute an einem schönen Nachmittag kommen. Es können ungefähr 1'500 Personen sein. Man weiss jetzt aber nicht, wie viele zusätzlich kommen. Es gibt viele Kinder, die momentan nach Kirchberg in die Badi gehen, weil diese attraktiver ist. Wenn diese aber jetzt nach Burgdorf kommen, kann es sein, dass wir zum Beispiel 200 Kinder mehr haben. Man weiss es aber nicht. Das Sicherheitsproblem bei mehr Kindern, egal aus welchen Gründen sie nach Burgdorf kommen, bleibt bestehen.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man auf die politische Frage zurückkommen muss, die wir regeln sollten und nicht auf das Operative des Freibades. Der SR ist ein politisches Gremium und man gibt den Auftrag, dass Kinder unter 12 Jahren gratis ins Freibad können. Ob man dann ein Maximum an Eintritten macht, ist Sache des Freibades und ob man am Operativen etwas ändern muss. Der Sicherheitsaspekt unterscheidet sich nicht, ob jemand bezahlt oder nicht. Es kommt auf die Anzahl Personen an. Es ist erstaunlich, dass es kein Maximum an Eintritten gibt. So unterschwellig kann man in Burgdorf sonst nirgends Kindern gratis unter 12 Jahren einer Bewegung und sportlichen Betätigung zufügen. Stadtrat Käsermann Fabian hat im Sommer sein halbes Leben in der Badi verbracht, als er unter 12 Jahren war. Er war privilegiert und hatte immer ein Abo. Es sollten auch nicht so privilegierte Personen die Möglichkeit dazu haben.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, teilt mit, dass der Sicherheitsaspekt wichtig ist und deshalb wird empfohlen, dass man ein Maximum prüft. Falls an einem schönen Tag wirklich zu viele Leute in die Badi kommen, muss man halt sagen, dass die Badi voll ist und man warten muss, bis ein paar Leute rausgehen.

Stadtrat Dür Hermann hat eine Frage zur Alterskontrolle. Wie kontrolliert man eigentlich das Alter? Ein 11- oder 10-Jähriger wird wahrscheinlich keinen Ausweis dabei haben. Gibt es da eine Vorstellung, wie man das umsetzt?

Stadträtin Bannwart Gabriela teilt mit, nebst, dass wir wieder ins operative Geschäft eingreifen, wie das die Badi handhabt, gibt es zwei Möglichkeiten zur Eintrittskontrolle. Erstens bekommt man als Schüler einen Schülerausweis, den man zum Lösen eines Abos und Eintritts in die Badi vorlegen kann. Es gibt tatsächlich eine Eingangskontrolle. Im letzten Jahr musste Stadträtin Bannwart Gabriela für ihre Tochter einen Ausweis zeigen, weil man nicht geglaubt hat, dass sie noch nicht sechs Jahre alt ist.

Stadtrat Dür Hermann möchte wissen, ob heute alle Kinder einen Schülerausweis erhalten.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice teilt mit, dass alle Schülerinnen und Schüler einen Schülerausweis haben.

Stadtratspräsident Schärf Philipp teilt mit, dass nun eine Pause von fünf Minuten erfolgt.

PAUSE

Stadtratspräsident Schärf Philipp informiert über das Abstimmungsprozedere. Der Änderungsantrag wurde als ungültig erklärt. Der ursprüngliche Wortlaut wird dem abgeänderten Wortlaut des GR gegenübergestellt.

Stadträtin Blume Tanja, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man den ursprünglichen Wortlaut zurückzieht und den abgeänderten Wortlaut des GR unterstützt.

Abstimmung

Annahme mit geändertem Wortlaut.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 21 Ja und 13 Nein Stimmen bei 3 Enthaltungen dem Antrag zu.

SRB: 2025-933 | Registratur-Nr. 1.7.1

Interpellation grünliberale Partei Burgdorf betreffend Markthalle Burgdorf – Auswirkungen bei Nicht-Übernahme der Abschreibungen

Verhandlung

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, dankt dem GR für die Antworten und die transparenten Informationen. Es wird geschätzt, dass die Fragen umfassend abgeklärt und beantwortet wurden. Die GLP-Fraktion erklärt sich mit der Antwort befriedigt.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

SRB: 2025-934 | Registratur-Nr. 1.7.1

Interpellation SP-Fraktion betreffend nationale Präventionskampagne gegen häusliche, sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt

Verhandlung

Stadträtin Blume Tanja, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man mit der Antwort des GR befriedigt ist. Glücklicherweise hat man noch gemerkt, dass zuerst die falsche Version der Stadtratsvorlage aufgeschaltet war. In der finalen Version sind dann die Fragen auch einzeln beantwortet worden, was man begrüsst. Das Thema ist ein ernstes, und es bekommt in der Gesellschaft zu wenig Aufmerksamkeit. Als man die Interpellation im Frühling einreichte, wurden bereits 18 Frauen in diesem Jahr in der Schweiz durch ihre Partner, Ex-Partner oder männlichen Familienangehörigen ermordet. Stand heute ist diese Zahl bereits auf 25 gestiegen. Man begrüsst dementsprechend, dass der Bund eine nationale Präventionskampagne plant und man ist froh, dass die Kampagne der Stadt Burgdorf bereits bekannt ist. Es ist schade, dass noch keine weiteren Infos vorhanden sind, wie die Kampagne genau umgesetzt wird. Man vertraut aber darauf, dass dies an die Hand genommen wird, sobald vom Bund die entsprechenden Informationen kommen. Zudem ist man froh zu sehen, welche Massnahmen für die Sensibilisierung bereits jetzt in der Stadt Burgdorf umgesetzt werden.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

SRB: 2025-935 | Registratur-Nr. 1.7.1

Interpellation Grüne Burgdorf betreffend Massnahmen zur Verhinderung von Diskriminierung

Verhandlung

Stadträtin Müller Vicky, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass man mit der Antwort des GR befriedigt ist und dankt den Verantwortlichen für die klare und genaue Beantwortung. Man anerkennt, dass Burgdorf bereits wichtige Schritte gegen Diskriminierung unternimmt, gleichzeitig sieht man, wie im Fazit auch genannt, noch einige Lücken und findet es weiterhin wichtig, daran zu bleiben.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

SRB: 2025-936 | Registratur-Nr. 1.7.1

Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Verhandlung

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse und Aufträge eingereicht:

- Auftrag SP-Fraktion betreffend Aufbau eines digitalen Sport-Finders für Burgdorf
- Interpellation SP-Fraktion betreffend vZEV und LEG in Burgdorf

Stadtratspräsident Schärf Philipp teilt mit, dass am 8. Dezember 2025, nach der letzten Stadtratssitzung im Jahr 2025, das Jahresschlusssessen des SR im Restaurant Schützenhaus stattfindet. Die Einladung dazu wird demnächst zugestellt. Falls die Kontoangaben für die Auszahlung des Sitzungsgeldes geändert haben, bitte dies Henzi Brigitte mitteilen. Am Mittwoch, 5. November 2025 findet um 19.00 Uhr im Hotel Stadthaus die Verleihung des Sozialpreises statt. Wer noch teilnehmen will, kann sich noch anmelden.

Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara teilt mit, dass am 4. Dezember 2025 ab 18.00 Uhr im Museum Franz Gertsch ein öffentlicher Benefizanlass der Soroptimisten Burgdorf stattfindet. Am Anlass wird alt Bundesrätin Sommaruga Simonette zum Thema «der gefährlichste Ort für Frauen» sprechen. Der Erlös geht an die Stiftung gegen Gewalt an Frauen und Kindern in Bern. Für den Anlass ist eine Anmeldung nötig. Der Anlass ist schon fast ausgebucht.

Stadtratspräsident Schärf Philipp dankt für den Hinweis. Für den Schlummertrunk ist im Hotel Stadthaus reserviert.

Burgdorf, 21. November 2025

Namens des Stadtrates:



Philipp Schärf
Stadtratspräsident



Brigitte Henzi
Protokollführerin